

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:  
Prag, II., Refojants 18.

Telephon:  
Tagesredaktion:  
26795, 31400.  
Nachtredaktion: 26797

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif  
billig berechnet. Bei öfteren  
Einschaltungen Dreisachslag.

# Sozialdemokrat

## Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post

monatlich . . . . . Ks 16.-  
vierteljährlich . . . . . 48.-  
halbjährlich . . . . . 98.-  
jährlich . . . . . 192.-

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
zahlung der Retourmarken

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag (täglich) 1930.

10 Jahrgang.

Mittwoch, 19. Feber 1930

Nr. 43.

### Das sächsische Reichskabinet gestürzt.

Berlin, 18. Feber. (Eigenbericht.) Das Reichskabinet Büniger in Sachsen ist heute gestürzt worden. Die Kommunisten und Nationalsozialisten hatten einen Mißtrauensantrag eingebracht, weil die sächsische Regierung im Reichsrat für die Young-Gesetze gestimmt hatte. Das Mißtrauensvotum wurde mit 63 gegen 24 Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen. Die Regierung erklärte darauf ihren Rücktritt.

Die Sozialdemokratie hat gleichfalls für das Vertrauensvotum gestimmt, trotzdem sie für die Annahme des Young-Plans ist. Aber die sächsische Regierung setzt sich aus so reaktionären Elementen zusammen, daß die Sozialdemokratie diese Gelegenheit wahrnahm, um sie zu stürzen.

### Hausdurchsuchung im Karl Liebknecht-Haus.

Berlin, 18. Feber. (Eigenbericht.) In der Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands wurde heute von der Berliner Polizei auf Veranlassung der Reichsanwaltschaft eine große Hausdurchsuchung abgehalten. Man suchte nach sogenanntem „zersehendem Material“, das zur Verbreitung innerhalb der Reichswehr und der Polizei bestimmt ist. Die Polizei will große Mengen berattiger Druckschriften, angeblich hochverräterischen Inhalts, gefunden haben, deren Gewicht mehrere Meterzentner ausmachte. Verschiedene Blätter wollen wissen, daß das Material beweise, daß die Kommunisten in der nächsten Zeit eine große Umsturzaktion durchführen wollten.

Das durch das Erscheinen der Polizei völlig überraschte kommunistische Kämpferpersonal versuchte zuerst, sich der Hausdurchsuchung zu widersetzen, unterwarf sich aber bald, insbesondere, da keine der führenden Persönlichkeiten der kommunistischen Partei anwesend war. Bedenklicher war die Situation draußen auf der Straße, als sich dort große Volksmengen ansammelten und die Unruhen ersten Charakters anzunehmen drohten, so daß die Polizei einigemal mit dem Gummischuß einwirken mußte und Schreckschüsse abgeben mußte. Bei der Hausdurchsuchung wurden im Hause auch einige kommunistische Landtagsabgeordnete angehalten.

### Die französische Regierungstreife.

Paris, 17. Feber Die 286 Abgeordneten, die gestern gegen die Regierung stimmten und damit ihren Sturz herbeiführten, setzten sich, wie folgt, zusammen: aus 106 Radikalen, 17 Mitgliedern der radikalen Linken (Loucheur-Gruppe), 4 Unabhängigen Abgeordneten, 6 bei keiner Fraktion eingeschriebenen Abgeordneten, 6 Mitgliedern der sozialen und radikalen Linken, 11 Mitgliedern der unabhängigen Linken 13 Sozialrepublikanern (Richtung Painlevé), 13 Sozialrepublikanern der Richtung Chabrün, 99 Sozialisten und dem bei der sozialistischen Fraktion noch nicht wieder aufgenommenen Abgeordneten Varenne. Außerdem stimmten 10 Kommunisten dagegen.

Das sozialistische Organ „Populaire“ sagt, daß gestern die ganze Regierung und das ganze Kabinet Lardieu geschlagen wurde und daß die Kammer nicht bloß die Entlassung der Person Chéron annahm, sondern das Blatt fordert eine Umbildung des Kabinetts nach links, also den Eintritt der Radikalen in die Regierung (es handelt sich nicht um den Eintritt der Sozialisten in die Regierung, da sich diese bekanntlich auf ihrem letzten Parteikonferenz dagegen ausgesprochen haben). Alles scheint darauf zu deuten, daß der Präsident der Republik versuchen werde, die Radikalen zum Eintritt in die Regierung zu bewegen.

### Freilassung oder Generalkrieg!

Lampico, 18. Feber Fünfzehn Personen, darunter angesehenen Arbeiterführer, wurden hier im Zusammenhang mit dem Attentat auf den Präsidenten Rubio verhaftet. Der Allgemeine Arbeiterverband in Lampico droht den Generalkrieg an, falls die Verhafteten nicht freigelassen werden.

## Budgetdebatte im Plenum.

### Tschechischbürgerliche Stimmen gegen die überspannte Minderheitschulpolitik.

Prag, 18. Feber. Die Generaldebatte über das Budget für 1930 wurde heute früh im Plenum des Abgeordnetenhauses durch ein dreistündiges Referat des Berichterstatters Dr. Hnidel eingeleitet, dem kurze Zeit später ein zweiter Redner der tschechischen Agrarier, gleichfalls der ersten Garnitur angehörig, folgte. Dr. Hnidel betonte wiederholt die Spartenbezugs, die überall zur Geltung kommen müsse und die es namentlich verbiete, daß nicht unbedingt nötige Paläste ausgeführt werden, während andererseits für Kliniken und Spitäler viel zu wenig getan wird. Noch deutlicher wurde dann der Agrarier Dr. Cerny, der der überspannten Minderheitschulpolitik gewisser Gruppen seiner Nation entgegenzutreten Bau unnützer Schulpaläste, für die keine Kinder da seien, offen verurteilt und betonte, daß seine Partei nicht zulassen werde, daß deutsche Kinder ihrer Sprache entfremdet würden.

Es ist sicher erfreulich, daß von tschechischer Seite — nach dem Finanzminister und dem Genossen Racek, nun auch die Agrarier offen ausgesprochen, daß in der bisherigen Politik der Minderheitschulen (für Kinder der Mehrheitsnation) nicht alles richtig war und daß eine gründliche Aenderung dieser Politik, wie sie zuletzt noch der Sektionschef Mlsoch unseligen Andenkens während des Interregnums im Schulministerium auf eigene Faust durch Massenbewilligung gänzlich überflüssiger tschechischer Schulen im rein deutschen Gebiet auf die Spitze getrieben hat, not tut.

Damit ist freilich noch nicht alles getan. Hoffentlich ringt sich nun auch auf tschechisch-bürgerlicher Seite langsam die Erkenntnis durch, daß die einzig richtige Lösung dieses Problems, wie Genosse de Witte in seiner heutigen Budgetrede ausführte, doch nur in der Richtung der kulturellen Autonomie der sprachlichen Minderheiten liegt. Je eher in dieser Richtung die ersten Schritte unternommen werden, desto besser für alle Beteiligten!

### Referent Hnidel

erstattet ein dreistündiges Referat zum Budget, in dem er zunächst hervorhebt, daß eine Aenderung am Budget zwar noch nicht möglich sei, doch sei die gründliche Kritik der gesamten Staatswirtschaft durch die Opposition wie durch die Mehrheit sicher nicht unanft; auf ihrer Grundlage sollen die Fehler und Mängel der staatlichen Administration beseitigt werden. Er betont den Grundsatz der Sparlichkeit, der auch künftig das Budget beherrschen müsse, und warnt vor übereilten Prachtbauten für verschiedene Zwecke, während sich die Kliniken noch immer in den unzulänglichsten Räumlichkeiten befänden und viel zu wenig Krankbetten da seien.

Als Aufgaben der nächsten Zeit bezeichnet er die Lösung der Altpensionistenfrage, der Landwirtschaftskrise, die Sanierung der Bruderkassen, die Aenderung des Zentes Systems und die Lösung der Staatsangestelltenfragen. Er verweist wieder auf die Dringlichkeit der Reorganisation der staatlichen Administration, die zu schwerfällig und zu teuer sei und völlig in Formalitäten und Papierfluten unterzugehen drohe. Sie hink dem wirklichen Leben nur leuchtend nach und verstehe es nicht, sich ihm anzupassen. Die Beamtenschaft sei gut, aber die Vorschriften, nach denen sie arbeiten müßten, seien veraltet. Allerdings müßte man die Beamten zur Verantwortungsfreudigkeit erziehen.

Der Referent befaßt sich dann eingehend mit den Budgetziffern und verweist darauf, daß die Finanzverwaltung die direkten Steuern um 150 Millionen niedriger bilanzierte als im Vorjahre. Den Effekt der Steuerreform könne man noch nicht übersehen, solange die Rückstände aus früheren Jahren noch nicht getilgt sind, doch schließe es, daß der Minderertrag nicht die Ziffer von 400 bis 500 Millionen erreichen werde, mit der man anfangs rechnete. Die Neuregelung erfaßt die Steuergrundlage beträchtlich besser, allerdings mit Ausnahme des Kapitalertrages. Die indirekten Steuern seien prozentuell nicht höher als in anderen Staaten; selbst Rußland habe die Hauptquelle seiner Einnahmen in indirekten Steuern.

Hinsichtlich der Selbstverwaltungskörper weist Hnidel auf die Ansicht des Finanzministers hin, daß die jegliche Regelung ihrer Finanzgarung durch das Gesetz 77/1927 nur vorübergehenden Charakter trage. Vor einer definitiven

Regelung der Frage müßten aber noch verschiedene Probleme, wie die Aufstellung der öffentlich-rechtlichen Aufgaben zwischen Staat und Selbstverwaltung, die Verteilung der Personallasten aus dem Schulwesen und ihre Bedeckung, gelöst und außerdem die faktische Stabilisierung des Budgets der Selbstverwaltungskörper durchgeführt werden und ein definitives Bild über ihre Schuldenlasten vorliegen. Erst dann werde man an die definitive Regelung schreiten können; aber auch dann werde es noch eine harte Aufgabe sein.

Das Haus genehmigt sodann die von uns bereits angekündigten Vorschläge des Präsidiums hinsichtlich der Redezeit; wie bisher wird die Spezialdebatte in vier Gruppen (politische, kulturell-soziale, Wirtschaft und Verkehr, Finanzen) geteilt werden.

Erster contra-Redner ist — sehr gegen seinen Willen — Herr Rayr-Harting. Er kündigt Abänderungsanträge an, die wenigstens den Zweck haben sollen, die jetzigen Regierungsparteien zu „entlarven“, zeigt sich betäubt über diverse Abstriche der verschiedenen Ministerien und ist überhaupt mit nichts zufrieden; sogar von der Steuerreform ist er schwer enttäuscht, derselben Reform, die er und seine Kollegen ja selbst aus der Tasche gehoben und jahrelang über den grünen Meer gelobt haben. Die Zukunft sieht er überhaupt schwarz, namentlich auch in politischer Hinsicht. Auf einmal drückt ihn die (jahrelang verbalen) Sorgen um die Staatsangestellten und Altpensionisten sowie um die Arbeitslosen ganz erschrecklich. Der europäische Friede sei weiter als der Friede im eigenen Staat (für den doch Herr Rayr-Harting vier Jahre lang ungestört zu wirken Zeit hatte). Er kann u. a. nicht begreifen, daß die nationale Autonomie nicht vom Hied kommt, und es nicht versteht, warum.

Genosse Kremser: . . . man für die Verwaltungsreform stimmen konnte! (Heiterkeit.)

Dr. Cerny (Rep.) ist hinsichtlich der Gemeindefinanzen für eine höhere Dotierung des Ausgleichsfonds, aber gegen eine Erhöhung des Limits für Zuschläge. Auch die Hausbesitzer vergißt er nicht; man dürfe unter ihnen nicht lauter reiche Leute vermuten; vielfach brauchten sie mehr Schutz und Hilfe als ihre Mieter. Ein besonderes Kapitel widmet er den Minderheitschulen. In der Minderheitschulpolitik müsse man ungewöhnlich objektiv und staatsmännisch vorgehen. Minderheitschulen werden wir dort bauen, erklärte er, wo sie notwendig sind, wo tatsächlich Schüler für sie vorhanden sind. Wenn man auch den größten Nationalisten irgendwo im Minderheitsgebiet einen solchen Schulpalast zeigen würde, in dem keine Kinder sind und dessen Errichtung daher nicht notwendig war, dann würde er eine solche Politik nicht billigen. Wir werden keine Politik machen, hebt Cerny hervor, die in unserer Mitbürgern deutscher Nationalität das Gefühl der nationalen Bedrückung hervorrufen müßte; diese Politik werden wir nicht machen, weil wir sie im Interesse des Staates nicht machen dürfen, und weil sie auch dem Geiste unserer Verfassung widerspricht. Wir werden uns niemals und von niemandem die Seele auch nur eines tschechischen Kindes entreißen lassen, wir werden aber auch kein einziges deutsches Kind entnationalisieren. Wir wollen und müssen die Deutschen überzeugen, daß wir diese Politik ehrlich meinen. Im alten Oesterreich war es anders; aber heute brauche kein tschechisches Kind mehr germanisiert zu werden, wenn es nur ordentliche Eltern hätte, die sich ihre Kinder einfach nicht germanisieren ließen!

Hinsichtlich der Landwirtschaftskrise drängt der agrarische Sprecher die Regierung zu einer schnellen Lösung und bedauert es, daß die auf ein Kompromiß angelegten Anträge des Landwirtschaftsministers Pradaß nicht den erhofften Widerhall gefunden hätten. Die Lösung dürfe nicht durch gleichzeitige Lösung anderer, wenn auch nicht minder wichtiger Probleme kompliziert werden, obwohl er zugibt, daß man auch die Frage der Altpensionisten, der Restemittierung, die Sanierung der Bruderkassen und die Aenderung des Zentes Systems durchführen müsse.

Uvert (d. Generalsek.) nimmt die Steuermoral seiner Wählerkreise gegenüber dem Finanzminister in Schutz und verwarft sich gegen jedes Agrarmonopol, das die vollständige Vernichtung des legitimen Kaufmannstandes bedeuten würde.

(Schluß auf Seite 2.)

### Der gefährdete Youngplan

Aus Berlin wird uns geschrieben: Es sind kaum zwei Monate her, da die Unternehmer und mit ihnen die bürgerlichen Parteien den Finanzhimmel voller Weigen hängen sahen. Was sollten da nicht alles für Steuern abgebaut werden! Man sprach und schrieb davon, daß man von den Steuereinnahmen ruhig zwei bis drei Milliarden Mark abschreiben könne, denn erstens würde das wachsende Einkommen an sich schon höhere Steuern bringen, für die der Staat sozusagen gar keine Verwendung habe, und zweitens bringe doch auch der Young-Plan eine Erleichterung von 600 bis 700 Millionen Mark, die der Steuerentlastung gewidmet werden könnten. Die Steuerreformer dachten dabei allerdings lediglich an die Senkung der Besitzsteuern, wobei die These aufgestellt wurde, daß sich in Deutschland erst dann wieder Kapital in erheblichem Umfange bilden werde, wenn die Kapitalbesitzer von der Steuerleistung nach Möglichkeit verschont würden. Man gedachte das steuerfreie Einkommen ein wenig heraufzusetzen, als Gegenleistung sollten dann wieder Bier und Tabak, die Genusmittel der breiten Massen, höher belastet werden.

Aus diesen Reformplänen ist nichts geworden. Vor Weihnachten erschienen die Memoranden des Reichsbankpräsidenten Schacht, die das Reich zur Ordnung der öffentlichen Finanzen und zur beschleunigten Schuldentilgung veranlassen sollten. Sachlich deckten sich die Schachtschen Forderungen mit den Auffassungen der sozialdemokratischen Partei, die jede Steuerentlastung abgelehnt hatte, bevor nicht die Finanzsanierung durchgeführt sei. Unerträglich war lediglich die Art, mit der Herr Schacht gegen die Regierung auftrat; das bot für die Sozialdemokratie die Veranlassung zu dem Verlangen, einen anderen Mann an die Spitze der Reichsbank zu stellen und dafür Sorge zu tragen, daß der Einfluß des Finanzkapitals auf die Politik beseitigt oder zum mindesten stark eingeschränkt werde. Die Auseinandersetzung darüber wird kommen, wenn die Young-Gesetze verabschiedet, das Haager Abkommen ratifiziert und der Reichshaushalt genehmigt sind. Wann das sein wird, ist allerdings jetzt sehr fraglich geworden.

Bei den besitzenden Klassen hat von je dem Spruch gegolten, daß in Geldsachen die Gemütslichkeit aufhört. Der Young-Plan bringt für Deutschland nicht nur eine finanzielle Erleichterung; die Räumung der besetzten Gebiete soll sich unmittelbar an die Ratifizierung des Abkommens von Haag anschließen. Grund genug für jede „nationale“ Partei, die Ratifizierung so schnell wie möglich durchzuführen. So sollte man meinen. Aber es zeigt sich wieder einmal, daß bei den bürgerlichen Parteien die materiellen Interessen der eigenen Klasse an erster Stelle stehen, und daß weit dahinter die ideellen Interessen der Nation kommen. Blököch hat das Zentrum entdedt, daß der Young-Plan erst verabschiedet werden dürfe, wenn vorher die öffentlichen Finanzen in Ordnung gebracht sind. Die deutsche Volkspartei ist gleich mit von der Partie, von den beiden kleineren bürgerlichen Regierungsparteien, bairische Volkspartei und Demokraten, gar nicht zu reden. Im Grundsatz ist auch die Sozialdemokratie mit dieser Forderung einverstanden; es hat sich jedoch sehr bald gezeigt, daß es sich für die bürgerlichen Regierungsparteien gar nicht um einen Grundsatz, sondern um ein Geschäft handelt.

Man hat dort so kalkuliert: die Sozialdemokratie, von der die Außenpolitik des deutschen Reichs doch stark beeinflusst ist, wird die Verabschiedung des Young-Plans nicht gefährden wollen; daher dürfe die Gelegenheit günstig sein, um solche Steuerpläne durchzudrücken, denen die Sozialdemokratie sonst nicht zustimmen würde. Also schlägt der neue Reichsfinanzminister Woldehauer die Delfung der Fehlbeträge in der Arbeitslosenversicherung durch eine Belastung der anderen

Sozialversicherungen vor, dazu die Erhöhung der Umsatzsteuer, der Biersteuer, des Staffee- und Teesolls. Es ist sehr bezeichnend, daß in diesem Steuerprogramm auch nicht mit einer Silber von der entsprechenden Heranziehung der besitzenden Massen zur Sanierung der öffentlichen Finanzen geredet wird! Das ist kein Zufall, das ist schlaue berechnete Absicht. Seht die Erhöhung der Waffensteuern durch, so hat das Reich vom nächsten Jahre ab, nach Deduktion eines Teiles und nach Konsolidierung eines anderen Teiles seiner Schuld, eine freie Einnahme von rund 350 Millionen Mark im Jahre; dazu kämen dann noch die Erleichterungen aus dem Young-Plan mit 600 bis 700 Millionen und eine Erhöhung der allgemeinen Steuer- und Zolleingänge durch die erhoffte Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Grund genug für die bürgerlichen Parteien, die jetzt geplanten Steuererhöhungen zu „schlucken“, zumal sie von den breiten Massen getragen werden sollen.

Diese Rechnung war jedoch zu schlaue angelegt, als daß sie nicht sofort durchschaut werden konnte. Die Sozialdemokratie hat dazu erklärt, wenn schon Opfer gebracht werden müßten, dann seien alle Schichten des Volkes dazu heranzuziehen und die leistungsfähigsten selbstverständlich zuerst. So hat sie denn zur Deckung des Fehlbetrags in der Arbeitslosenversicherung eine befristete Erhöhung der Beiträge vorge schlagen, durch die Unternehmer und Arbeiter je zur Hälfte belastet werden. Die Erhöhung der Umsatzsteuer wird von ihr abgelehnt, weil sie eine Verteuerung der Produktion verursachen muß. Der Erhöhung der Biersteuer würde sie zustimmen, wenn sie im wesentlichen dem in Profiten beinahe ersinkenden Braukapital aufgelegt wird und zu gleicher Zeit die Heranziehung der Leute mit hohem Einkommen beschloffen wird. Zu diesem Zweck schlägt die Sozialdemokratie ein „Notopfer“ vor, das von allen Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von über 12.000 Mark im Jahre getragen wird, und außerdem die Beschränkung der Pensionszahlungen auf gleichfalls 12.000 Mark im Jahre. Von diesem sozialdemokratischen Steuerprogramm wird man gewiß nicht behaupten können, daß es selbst in einem noch so kapitalstarken Lande wie Deutschland die steuerlichen Möglichkeiten übersteigt, und es ist nichts darin, was nicht auch jeder einsichtige bürgerliche Finanzpolitiker annehmen könnte. Aber die bürgerlichen Parteien erklären es vorläufig noch für unannehmbar, weil sie befürchten, daß dadurch ihre Steuerentlastungspläne auch im nächsten Jahre zu Wasser werden könnten.

So besteht die Gefahr, daß die Annahme der Young-Gesetze verhindert wird, daß neue Unruhe in der Außenpolitik entsteht, daß die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft ausbleibt, daß die Räumung der besetzten Gebiete nicht durchgeführt, daß die Reichsregierung wieder einmal von einer Krise bedroht wird. Wenn es der Sozialdemokratie nicht gelingt, diesen Eigenwitz der bürgerlichen Parteien zu brechen, so sind für die nächste Zeit schwere Erschütterungen des politischen Lebens in Deutschland zu erwarten.

### Budgetdebatte im Plenum.

(Schluß von Seite 1.)

Bergmann (tisch. Nat. Soz.) urgiert die bereits in dem berühmten Restriktionsgesetz vorgegebene Spar-Kommission. Bei der notwendigen Reform der öffentlichen Verwaltung sei aber jede Ueber-eiltheit zu vermeiden; die Reform müsse keineswegs übereilt sein mit einem weiteren Beamten- oder Gehaltsabbau; sie müsse sich vielmehr in einer Vereinheitlichung und Beschleunigung des Arbeitsweges zeigen. Die Rationalisierung bedeute da nicht billig verwalten, sondern gut verwalten. Mit einer Verbesserung der finanziellen Lage der Beamten sollte die Regierung hier den Anfang machen.

Rallina (D. Nat.) befaßt sich über die zu kurze Redezeit, polemisiert gegen die Behauptungen des Berichterstatters hinsichtlich der Belastung der Bevölkerung und reagiert auch auf die Ausführungen Cernys über die Minderheitsschulen, deren Ehrlichkeit er anzweifelt.

Nach der zweiten Lesung des Budgetprovisoriums, das morgen schon im Senat aufgelegt werden soll, geht die Debatte weiter.

Anitsch (D. Nat. Soz.) findet den Voranschlag um mehrere Milliarden zu hoch; der Staat lebe über seine Verhältnisse. Infolge der unerhörten Steuerbelastung verfallen heute selbst Großbetriebe dem Ruin und vor diesem Ruin der Wirtschaft stehe ein Heer von Arbeitslosen. Den heutigen Voranschlag pardonierte er noch der nächste werde aber schon ein anderes Gesicht haben müssen.

Nach dem ungarischen Christlichsozialen Dobransky kommt dann in vorgeredeter Abendstunde Genosse de Witte zu Wort, dessen Rede wir morgen im Auszug nachtragen werden.

Tiso (Slow. Merikl.), der kürzlich noch Plinla zum ersten Stellvertreter des Parteivorstandes gewählt wurde, wird von seinen Anhängern mit demonstrativem Beifall begrüßt. Er erklärt, daß die Zeit des Romantismus vorbei sei und daß nunmehr die Prager Politik, nämlich die Kleinarbeit, an ihre Stelle treten müsse. Der angestrebte slowakische Block sei allerdings noch nicht möglich, doch werde die Bildung eines autonomen Blockes diskutiert. Eine solche slowakisch-ungarische Zusammenarbeit würde der Slowakei und dem ganzen Staate sicher nützen. Der Weg zur staatsrechtlichen Festlegung der slowakischen Ungarn führe nur über die slowakische Autonomie.

### Das „Neue Agrarprogramm“.

Prag, 18. Feber. Morgen sollen neue Beratungen des politischen Ministerausschusses stattfinden, die sich erneut mit der Frage des nächstliegenden Koalitionsprogramms befassen sollen. Wie in der tschechischen Presse bereits durchsicht, handelt es sich um ein sogenanntes kleines Agrarprogramm, das die Schaffung eines Interventionsfonds von 40 Millionen nach reichsdeutschem Muster für Roggenkäufe, ferner den Vermehrungszwang inländischen Weizens und die Verpflichung aller öffentlichen Anstalten zur ausschließlichen Verwendung inländischer Mahlprodukte vorsieht. Demgegenüber stehen die Forderungen der Linksparteien nach unveränderter Verlängerung des Mieterschutzgesetzes und nach Errichtung von 12.000 Kleinwohnungen, für die alljährlich 15 Millionen in das Budget eingestellt werden sollen.

## Etwas zum Dementieren für die Rubelpresse

### Die Verfolgung der Trotskyisten.

Die Anhänger Trotsky werden in Rußland verfolgt, eingekerkert, ermordet. Eine Tochter Trotsky starb vor einhalb Jahren im Gefängnis an Tuberkulose. Die zweite Tochter Trotsky, die ebenfalls lungenkrank ist, wurde kürzlich grundlos verhaftet. Ihr Mann, Blaton Volkow, wurde administrativ verhaftet. Der Mann der Tota, M. Newelson, sitzt seit langer Zeit in der Zelle. Im Dezember ließ Stalin einen Vertrauensmann Trotsky, Blumkin, erschließen.

Ueber diesen Mord kommen nun genaue Nachrichten aus Moskau. In einem an deutsche Anhänger Trotsky gerichteten Brief wird berichtet, wie das Verbrechen geschah.

Die Stalin-Leute wollen die Wahrheit maskieren und verbreiten abenteuerliche Gerüchte. Radel, der vollkommen kapituliert hat, sorgt dafür, daß diese Gerüchte in Umlauf kommen. Es wird also folgendes behauptet: Als Blumkin nach Moskau kam, habe er sofort Radel aufgesucht, in dem er gewohnt war, einen Vertreter der Opposition zu sehen. Blumkin habe erfahren wollen, welche Gründe Radel zur Kapitulation und Wänne mitgeteilt. Hieraus habe Radel verlangt, daß Blumkin sich sofort zur GPU, der politischen Polizei begeben und dort alles erzähle. Blumkin sei wirklich zur GPU gegangen, habe dort einen Brief Trotsky vorgelegt und seine politische Haltung „bereut“. Nicht genug damit, habe er schließlich

Verlangt, man möge ihn erschließen. Dieser Bitte habe Stalin nicht widerstehen können und Menschinski und Jagoda den Auftrag erteilt, ihn zu erschließen.

Die Lüge ist zu plump, um auch nur die leiseste Glaubwürdigkeit beanspruchen zu können; niemand glaubt sie auch. Die Wahrheit ist, daß Radel dem Blumkin drohte, er werde ihn augenblicklich benutzieren, wenn er sich nicht der GPU stelle. Blumkin blieb also nichts übrig, als zur GPU zu gehen. Der Brief Trotsky, den er bei sich trug, schilderte kurz die Lage der Opposition im Ausland und enthielt keine Adressen; trotzdem behaupten die Stalin-Leute nun, er sei der „Beweis für eine militärische Verschwörung“ gewesen. Sie versuchten, Blumkin für sich zu gewinnen; da dies nicht gelang, gab Stalin den Befehl, ihn zu erschließen. Sein Rachegeiz war stärker als alles andre. Eine Episode, die man in Moskau erzählt, beleuchtet das unheimlich. An einem Sommerabend des Jahres 1928 soll Stalin in Subalowo gesprächsweise zu Dzerzhinskiy und Kamenev gesagt haben: „Ein Opfer auswählen, den Schloß gut vorbereiten, sich schonungslos rächen und dann schlafen gehen — es gibt nichts Schöneres im Leben.“ Diese Sätze des Lebens auszukosten, hat Stalin das Seine getan. Die Kache an Trotsky Familie, der Mord an Blumkin und nun, in allerletzter Zeit, die Nachricht, daß Radowitsch, der nach Sibirien verbannt wurde, schwer erkrankt ist, beweisen es zur Genüge.

### Zensur Majarjts durch das „Prager Tagblatt“!

Das „Prager Tagblatt“ brachte gestern den Brief Masarjts an Minister Genossen Dr. Czech, unter Anführungszeichen, also scheinbar in wörtlicher Uebersetzung folgendermaßen:

Lieber Minister Dr. Czech! In Ihrem sechzigsten Geburtstag begrüße ich Sie herzlich. Ich wünsche Ihnen Gesundheit und als Minister Geduld. Sie haben zur Annäherung der beiden Nationen wesentlich beigetragen, auf deren Zusammenarbeit die Zukunft der Tschechoslowakischen Republik beruht. I. G. Masarjth.

Der wahre Wortlaut des Schreibens aber, wie es ja bereits in unserer Sonntagsnummer an der Spitze des Blattes zu lesen war, ist folgender:

Herr Minister Dr. Czech! Zu Ihrem 60. Geburtstag wünsche ich Ihnen alles Gute. Ich wünsche Ihnen Gesundheit und als Minister Geduld. Durch Ihren Eintritt in die Regierung haben Sie zur Annäherung beider sozialdemokratischer Parteien beigetragen. Sie haben beigetragen zur Annäherung beider Nationen, von deren Zusammenarbeit in großem Ausmaß die glückliche Zukunft unserer Republik abhängt. I. G. Masarjth.

Das, was das „Prager Tagblatt“ ausgelassen hat, haben wir im Sperrdruck wiedergegeben. Es ist zwar schwer vorstellbar, wie hier ein Versehen Schuld an der falschen Zitierung tragen sollte; wir wollen aber zunächst doch ein Versehen annehmen, in welchem Falle das „Prager Tagblatt“ nicht anstehen dürfte, seine Zitierung richtigzustellen. Sollte diese Richtigstellung nicht erfolgen, dann wäre

bewiesen, daß im „Prager Tagblatt“ böser Wille am Werke war.

### Die Hausbesitzer auf dem Kriegspfade.

Der Reichsverband deutscher Hausbesitzer im tschechoslowakischen Staate, Sitz Auffsig, verabschiedete unter dem 11. Feber anscheinend an alle Parlamentarier folgende Einladung:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter — Senator! Die neuerlich drohende Verschleppung des Abbaues der Wohnungszwangswirtschaft hat eine begriffliche Erregung unter der Hausbesitzerenschaft dieses Staates hervorgerufen.

Zur Aussprache über die dadurch geschaffene Lage haben wir für Sonntag, den 23. Feber 1930, halb 10 Uhr vormittags nach Reichentenberg, „Volksgarten“, eine

#### Rundgebung

der deutschen Hausbesitzerenschaft einberufen. Hierzu laden wir alle deutschen Parteien und deren Abgeordnete und Senatoren ein.

Wir bitten um Ihr sicheres Erscheinen umso mehr, als Ihnen bei dieser Rundgebung Gelegenheit geboten ist, den Standpunkt Ihrer geschätzten Partei zur Wohnungszwangswirtschaft darzulegen. Reichsverband deutscher Hausbesitzer: Dr. W. Mareš, Obmann

Nach den bisherigen Erfahrungen mit dergleichen Rundgebungen des Reichsverbandes deutscher Hausbesitzer handelt es sich um einen neuerlichen Vorstoß zugunsten des völligen Abbaues des Mieterschutzes, bevor die Wohnungsnot beseitigt ist. Hierbei nehmen die großen Hausbesitzer mit der tätigen Mitwirkung der kapitalistischen Parteien, von den Deutschen nationalen angefangen bis zu den Landbündlern, die „begriffliche Erregung“ der großen Hausherren

## Ich oder — Ich?

Roman von Herman Hagedorn.

Copyright by Greiner & Co., Berlin NW 6. (Nachdruck verboten.)

33) Einen Moment stand Juge regungslos. Der Spiegel warf ihr Bild zurück, sie sah ihren schlanken, schmahlhüftigen Knabenkörper. Sportmädel. Sie war sehr schön, aber sie sah nichts als zwei brennende Augen, in denen der Hag lobte.

Nach einer halben Stunde brachte man den Smoking, Abendmantel, Ledischuhe, alles, was dazu gehörte.

„Amüsier dich gut!“, hatte Kruel auf seine Karte dazugeschrieben.

Junge lachte hart auf. Amüsieren, jawohl, das wollte sie sich. In wenigen Minuten war Juge fertig. Kaltblütig schob sie den Revolver in die Hosentasche. Eine seltsame Nacht ging von dem kühlen Stahl aus.

Wenige Minuten später verlieh ein gut angezogener junger Herr das Haus, piffte nach einem Taxi und sagte heiser zu dem Chauffeur: „Madame-Angeles-Bar“ in der Kurfürsten-Allee, halten Sie ein paar Häuser davor.“

Die dunkle Kutsche jagte den lautlos dahingleitenden Wagen auf.

Junge lehnte sich in die Polster zurück. „Wertwürdig“, dachte sie, „ich bin ganz ruhig!“

#### 21. Kapitel.

##### Der Detektiv wundert sich.

Inspektor Kassa von der Kriminalabteilung stieß einen Piff durch die Zähne, als er den Verfolgten in der Bar der „Madame-Angeles“ verschwinden sah.

„Natürlich, diese alte Stuppelmutter läßt je-

den bei sich unterschleppen. Es muß ihr mal gehörig das Handwerk gelegt werden.“

„Donnerwetter!“

Möglichst fuhr ihm ein Gedanke durch den Kopf. Wie war es doch gewesen, als man den blonden Emil, den Genleman-Einbrecher, verhaftet wollte? Da war er auch bei Madame-Angeles eingedrungen, weil er wußte, daß der Bursche dort verkehrte; hatte ihn auch da gesehen und dann war er auf einmal wie vom Erdboden verschluckt, ehe er zugreifen konnte.

Verdammt noch mal, dieses Lokal hat viele Schlupflöcher und Ausgänge. Ehe man sich versieht, schlüpfst einem die Beute durch die Finger und man hat das Nachsehen. Das sollte ihm aber diesmal nicht passieren.

Auf der anderen Seite klang der schwere Doppelpfeil: parrouillierender Polizisten.

Kassa eilte hinüber.

„Abend! Ich muß jemand aus der Bar „Madame-Angeles“ herausholen“, sagte Kassa zu den beiden Beamten. Einen Moment lang blickte im Schein der Laterne die Erkennungsmarke des Kriminalbeamten auf.

Die Polizisten grüßten, sie kannten ihn schon.

„Haute Sache!“, knurrten sie, „wir haben von höherer Stelle Befehl, dieses Lokal nach Möglichkeit nicht zu betreten. Die alte Inhaberin besitzt die höchsten Protektionen, weiß der Teufel, warum.“

„Halt die Schnauze!“, wisperte der andere Beamte dem Sprecher zu und stieß ihn dorthin die Seite.

„Aber ein paar von den verschwiegenen Ausgängen kennen wir ja“, sagte der erste wieder.

„Nicht alle?“

„Ach, bewahre!“

„Ich befürchte, der Salunke entwischt mir. Wenn er sich durch einen der Geheimgänge davonmacht, wiß ich mir den Mund...!“

„Schon möglich, ist es denn überhaupt eine große Sache?“

„Mordsache!“, sagte Kassa und sah auf die Uhr. „Es war halb 12. In einer halben Stunde war es... morgen.“

„Wir können Ihnen nicht viel helfen“, fuhr der Beamte fort, „wir dürfen nicht einschreiten...! Wir können die uns schon bekannten Geheimausgänge besetzen! Vielleicht daß uns der Bursche in die Arme rennt...! Mehr können wir nicht tun...! Ginein können wir nicht...! Der Kriminalpolizei gegenüber existiert allerdings der Befehl nicht, wie Sie wohl wissen...!“

„Gut, ich werde mir Kriminalbeamte vom Präsidium kommen lassen. Ich muß auf jeden Fall den Kerl in die Hände bekommen. Ich werde telefonieren. Bewachen Sie bitte unauffällig hier den Ausgang. Man kann ja nicht wissen, vielleicht verrät man ihm die Geheimausgänge nicht, denn er ist nicht direkt vom Bau...!“

Kassa gab eine genaue Beschreibung Westmanns.

„Gut!“ Die beiden Uniformierten schlenderten hinüber zur anderen Straßenseite.

Kassa telephonierte.

„Hier Kassa!“

„Polizeipräsidium!“

„Abteilung C, Fahndungsdienst!“

Kassa ersuchte um bewaffnete Beamte. Ein paar sollten im Abendanzug erscheinen, um unauffällig in der Bar Platz nehmen zu können.

„Gut, in einer Viertelstunde sind die gewünschten Beamten zur Stelle!“

Das Telefon läutete ab.

die Brust legen und ihn in Fesseln legen. Die anderen Beamten sollen den Rückzug decken und aufpassen, daß nicht einer der anderen Kavaliere Sperenzschen machte.

Ueberraschung und Schreck würden Westmann lähmen.

Und doch, Kassas Herz hämmerte und seine Pulse flogen. Ihm war es, als sähe er das spöttische Lächeln des Kommissars Longinus.

„Es wird Euch Ehre bringen!“, hatte er mit sonderbarer Betonung gesagt. Der Teufel sein höhnisches Lächeln sagte das Gegenteil! Nun, man würde schon sehen...

Wenn er Westmann heute bekam... Nein, nicht heute...! Morgen! In zwanzig Minuten war morgen...!

Kassa griff in die Brusttasche. Dort knitterte der Postbefehl! Da! Longinus würde Augen machen...!

Aber Longinus hatte noch irgendein besonderes Interesse an dieser Sache, der Teufel mochte wissen, was. Er hätte längst vorgehen müssen. Aber es war besser so. Nun würde er die Vorbeeren pfländen.

Kassa horchte.

Von fern kam das Knattern eines Autos. Jetzt glühten Scheinwerfer auf und wuchsen sonnenhell aus der Finsternis.

Die Beamten?

Kassa trat auf das Auto zu...!

„Donnerwetter, ihr seid ja pünktlich. rief er.“

Er stufte, trat zurück und knurrte leise ein Verwünschung.

Ein junger, eleganter Herr im Abendanzug stieg aus dem Wagen, warf dem Chauffeur nachlässig einen Geldschein hin. Sprach kein Wort. Biegt sich nichts herausgeben. Einen Moment schaute der junge Herr sich um. Die Laterne streifte ein sehr junges, barfüßiges Gesicht, in dem zwei Augen wie Flammen brannten.

(Fortsetzung folgt.)

### Friede, Brot, Arbeit sind die Parolen am Frauentag! Alle Frauen und Männer nehmen daran teil!

wird sich auf der Reichsbanner Tagung wohl in erster Linie gegen den Sozialminister Genossen Dr. Czoch ausbilden, der lockerer Weise die derzeitige Unmöglichkeit des Mieterschubabbaues dargelegt hat. Wenn die großen Hausbesitzer mit ihrer „begreiflichen Erregung“ operieren, überraschen sie vollständig, daß die Zahl der Mieter weit größer ist und deren Erregung über die Pläne der Hausagrarier auch nicht gering ist. Da im Zeitalter der Demokratie erst recht die stärkeren Detailliers entscheiden, mußten sie sich im Klaren sein, daß ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen können. Sie tun also gut, ihre „begreifliche Erregung“ gehörig zu dämpfen.

### Die Streikhebe der Kommunisten in der nordmährischen Seidenindustrie.

Prag, 17. Febr. Im Abgeordnetenhauses befand sich heute anlässlich der Behandlung des Budgetprovisoriums der kommunistische Abgeordnete Zapotocky unter anderem auch mit den Verhältnissen in der nordmährischen Seidenindustrie, wobei er die fühne Behauptung aufstellte, daß die „Sozialfaschisten“ bei der Firma Schiel den Streikbruch organisierten, weil sie es in den anderen Seidenbetrieben verhindern, daß die Arbeiterschaft ebenfalls in den Streik trete.

Die Kommunisten mögen sich um die Angelegenheiten unserer Textilarbeiterorganisationen nicht allzusehr kümmern; diese wissen schon selbst, was sie zu tun haben. Immerhin sei zur Klarstellung bemerkt, daß der Streik bei der Firma Schiel in Rämestadt nach Abbruch der Verhandlungen durch die Kommunisten ausgebrochen ist und der Streik bei der Firma Schiel in Mährisch-Schönberg auf Grund eines Beschlusses der Kommunisten als ein Solidaritätsstreik anzusehen ist. Hinsichtlich der Firma Schiel war das Vertragsverhältnis gelöst, hinsichtlich aller anderen Seidenbetriebe besteht jedoch das Vertragsverhältnis für alle Organisationen mit Ausnahme der Kommunisten aufrecht, die überhaupt keinen Vertrag unterschrieben haben. Weil sie also keine Verantwortung für einen eventuellen Vertragsbruch zu tragen haben, versuchen sie auch die übrige Seidenarbeiterschaft in den Konflikt einzubeziehen, was diese aber mit Recht ablehnen.

Im übrigen wissen die Kommunisten ja selbst, wie ihre Mitglieder in den anderen Seidenbetrieben über den „Streik auf der ganzen Linie“ denken. Die Vertragsorganisationen werden ohne Rücksicht auf die Schimpfereien der Kommunisten in vollem Einvernehmen mit ihren Mitgliedern das tun, was sie im Interesse der Arbeiterschaft für zweckmäßig halten!

### Die Ueberparteilichkeit des Verbandes der deutschen Selbst- verwaltungsämter

war in den Folgen vom 23. und 28. Januar 1930 des Tagblattes der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei „Der Tag“ angezweifelt worden, indem behauptet wurde, die Vertreter der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei im Verbande hätten wiederholt Gelegenheit gehabt, festzustellen, daß dessen parteipolitische Neutralität sehr zu wünschen übrig lasse; der Verband habe in der Form einer Anfrage an die Gemeinden die Absicht geäußert, die Monopolstellung der sozialdemokratischen Gewerkschaften zum Abschluß von Kollektivverträgen in den Gemeinden, wie in den Jahren des roten Terrors, wieder aufzurichten und sei erst durch das Einschreiten eines nationalsozialistischen Bürgermeisters hievon abgehalten. In der Vorstandssitzung des Verbandes am 5. Febr. 1930 wurde diese Angelegenheit behandelt und für den Verband durch folgenden Beschluß erledigt: „Der Vorstand stellt fest, daß die Angriffe der Zeitung „Der Tag“ unrichtig sind und jeglicher Grundlage entbehren. Die Erklärung der Vorstandsmitglieder Hartig und Schubert, daß sie diesen Angriffen durchaus fernstehen, nimmt der Vorstand mit Genehmigung zur Kenntnis.“

### Milch ist Wasser.

Aus Konsumentkreisen wird uns geschrieben: Im Aufsehen erregender Weise hat der Ernährungsminister Gen. Bedyna in seinem Budgetappell die Lotterswirtschaft der Milch- und Butterverforgung in den Großstädten beleuchtet. Weil er hierbei alle maßgebenden Faktoren, wie die zuständigen Behörden und die Öffentlichkeit zur Mitarbeit an der Befreiung dieser schauerlichen Zustände aufwachte, soll Nachstehendes mit dazu beitragen, an der Bewirkung dieser großen Aufgabe mitzuwirken.

Da nun die Milch einmal als Ernährungsmittel für Säuglinge, Kinder, Jugendliche, für alle Verdächtigten, Kranken und Kranken unentbehrlich ist, so für alle Bevölkerungsschichten und Massen, so wäre es hoch an der Zeit, daß mit dem strafbaren Mißbrauch bei der Milchverforgung in den Städten, ganz energisch Wandel geschaffen würde. Und deshalb ist es notwendig, die Verforgung der Bevölkerung mit dem wichtigsten Nahrungsmittel „Milch“, in den Wirkungskreis der Stadtgemeinden zu verlegen. Es müßte in allen Städten möglich sein, in jedem Stadtviertel eine städtische Milchhalle zu errichten, welche die Milch aus der städtischen Milchzentrale geliefert erhalten und in welcher Milchzentrale alle notwendigen Un-

# Die Bewilligung zur Auszahlung des Staatsbeitrages für die bolschewistischen Gewerkschaften: ein neuer Schachzug der Bourgeoisie!

Nach dem Zerfall des J. A. V. wurde durch die bürgerliche Regierung die Auszahlung des Staatsbeitrages für Arbeitslose nach dem Genter System für die von den Bolschewiken neu gegründeten Gewerkschaften nicht bewilligt. Damals schimpfte die Bolschewiken auf diese Nichtbewilligung und rannien im Fürsorgeministerium die Türen ein, um die Bewilligung zu erhalten. Kaum war die alte Koalitionsregierung hinweggefegt und der Genosse Dr. Czoch Fürsorgeminister geworden, ging das Trommelfeu von neuem los. Sofort begaben sie sich zu Dr. Czoch und verlangten die Bewilligung zur Auszahlung des Staatsbeitrages, welche sie schließlich auch erhielten. Nachdem die Bewilligung erfolgt war und die Auszahlung des Staatsbeitrages vorgenommen werden konnte, schreibt der „Note Textilarbeiter“ in seiner Nummer vom 11. Febr. 1930, daß die Bewilligung des Genter Systems nur ein neuer Schachzug ist, welcher die Arbeiterschaft entschieden von Kämpfen abhalten soll. In diesem Artikel wird zwar zugegeben, daß die bolschewistische Textilarbeiterorganisation nichts mehr bedeutet und ein Großteil der Mitglieder verloren ging. Es wird aber weiter gesagt, daß die Sozialfaschisten, d. h. Dr. Czoch, die Bewilligung zur Auszahlung des Staatsbeitrages nur erteilt hat, um dadurch dem aktivsten Teil das Maul zu stopfen. Lassen wir nun einmal diesen Artikelschreiber selbst sprechen:

„Das scheinbare Entgegenkommen der Regierung, auch wenn der Fürsorgeminister ein deutscher Sozialdemokrat ist, bedeutet nichts anderes als die Verschleierung eines neuen raffinierten Angriffes der kapitalistischen Regierung auf die Kampforgane der Arbeiterschaft.“

In einem neuen Absatz können wir folgenden Erguß genießen:

„Diese Kampffront, die, wie die reformistischen Zeitungen zu melden wissen, die „Ruhe und Ordnung“, allerdings jene der Kapitalisten stört, muß zerlegt, zerstört werden. Ein Mittel dazu ist die Bewilligung des Genter Systems. Dadurch soll einem Teil der Arbeitslosen, dem aktivsten Teil, das Maul gestopft werden. So glaubt die Bourgeoisie, die Bewegung der Arbeitslosen zu zerreißen.“

Durch die Bewilligung des Genter Systems für die roten Gewerkschaften ist den Arbeitslosen nicht geholfen, ihr Hunger nicht gestillt, ihre Not und ihr Elend nicht beseitigt. Zehntausende Arbeitslose bleiben auch weiterhin von jeder Unterstützung, auch von den Gnadenbrosen des Dr. Czoch, ausgeschlossen.“

In einem neuen Absatz heißt es dann weiter:

„... Sie rechnen darauf, daß die Arbeiter durch diese ungeheure Krise mutlos sind, daß die rote Gewerkschaft als einziger Kampffaktor finanziell geschwächt und nicht in der Lage ist, für den Kampf auch nur die allernotwendigsten Mittel aufzubringen. Um diese Situation aber noch für die Arbeiter zu verschlechtern, wird jetzt das Genter System bewilligt. Die letzten Finanzen der Gewerkschaft sollen so dem Staate in der Form des Staatsbeitrages auf Monate geborgt werden, um uns keinerlei Mittel zur Führung der drei-

### Galapagos.

#### Rund um eine Robinsonade.

Die Kulturmüdigkeit ist heute nicht mehr nur auf Intellektuelle oder Künstler beschränkt. Millionen würden bereit sein, unserer siedernden Zivilisation zu entsicheln, in sonnigere, freiere, südlichere Einsiedeleien auszuwandern, wenn diese Millionen dazu Mittel und Möglichkeiten hätten, losgelöst vom modernen Kulturbetrug am Busen der Natur primitiv zu leben. Wie viele tüchtige Menschen dieser Primitivismus befeelt, dazu hat es nicht erst jener neueren Robinsonade des Berliner Arztes Dr. Ritter bedurft, der mit seiner Gefährtin auf die Galapagosinseln flüchtete, um den Herrlichkeiten des europäischen 20. Jahrhunderts zu entgehen und wieder mit der Erde zu verschmelzen. Es heißt, daß er, mit entsprechendem Werkzeugen ausgerüstet, sich auf Galapagos in Forschungen ergiebt und wissenschaftliche Beobachtungen machen will, um der Menschheit raten zu können, wie sie von den Umständen der Gegenwart loskommen könne. Andere Berichte behaupten, das Paar wolle dort dem buddhistischen Glauben leben. Es kommt auf solche Begründungen nicht an. Das eine wie das andere wäre selbst in der Nähe des Riesennolochs Berlin möglich gewesen. Dazu braucht niemand zu den „Wilden“ zu gehen. Ritter ist einer von jenen Intellektuellen, die das Bedürfnis hatten, sich wieder auf ihre Seele zu besinnen und deshalb in eine Einöde des Südens flüchteten.

Das alles brauchte man nicht unbedingt unserer bürgerlich-kapitalistischen Zivilisation anzukreiden. Es hat auch früher Auswanderer gegeben. Wie viele deutsche Arbeiter und Kleinbauern sind nicht nach Amerika gezogen und haben mit ihrer Energie zur Entwicklung dieses Kontinents beigetragen! Aber diese Amerikafahrer flüchteten damit vor den absolutistischen, bespotischen Zuständen Deutschlands. Oder man denke an die ungeheuren Auswanderungsziffern der Polen, der Südslawen. Das alles suchte fremdes Land, um rein materiell besser zu leben. Heute jedoch sind tausende Menschen bereit, auf ferne Inseln zu flüchten, die hier ein b u r g e r -

gend notwendigen Abwehrkämpfe gegen die Nationalisierung zu lösen. Auch darum erfolgt jetzt und gerade jetzt die Bewilligung.“

Da haben wir es: Der Minister Dr. Czoch hat die roten Gewerkschaften nach ihrer Argumentation in eine schwere Verlegenheit gebracht. Wenn man auch nicht verstehen kann, wieso es kommt, daß dadurch die finanziellen Mittel einer Gewerkschaft verloren gehen, wenn sie den Staatsbeitrag auszahlte und denselben vom Staat rückverlegt erhält. Wenn man nicht die inneren Verhältnisse einer derartigen Gewerkschaft kennen würde, so müßte man sich fragen, ob eine derartige Argumentation noch einem normalen Gehirn entspringt oder ob wir es schon mit Geisteskranken zu tun haben. In Wirklichkeit ist die Sache jedoch anders:

Solange sie keine Bewilligung zur Auszahlung des Staatsbeitrages hatten, so lange konnten sie — und besonders jetzt, wo ein Sozialdemokrat Fürsorgeminister ist — recht frisch darauf loschimpfen und sich dadurch der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung entziehen. Nach der Bewilligung zur Auszahlung des Staatsbeitrages ist für sie die Sache bedeutend kritischer geworden. Denn, zahlen die Bolschewiken an die Arbeitslosen keine gewerkschaftliche Unterstützung, so sind sie auch nicht in der Lage, dem Staatsbeitrag zur Auszahlung zu bringen. Dadurch würden sie die Arbeiterschaft ungeheuer schädigen und dem Staate die auszuschlenden Beträge schenken. Nachdem aber die finanziellen Mittel höchstwahrscheinlich nicht zur Auszahlung der gewerkschaftlichen Unterstützung für Arbeitslose ausreichen und sie es dennoch vor den Arbeitern nicht verantworten können, dem Staat die Beträge zu schenken, nur deshalb und gerade deshalb diese ungeheueren Wut. Hervorgehoben werden muß noch, daß in dem Artikel offen ausgesprochen wird, daß trotz der Bewilligung zur Auszahlung des Staatsbeitrages in erster Linie die im Kampf Stehenden unterstützt werden müssen und daß die Arbeitslosen erst in zweiter Linie in Betracht gezogen werden können. Daraus geht hervor, daß ihre Finanzen so zerrüttet sind, daß sie selbst jetzt nicht einmal in der Lage sind, die gewerkschaftliche Unterstützung einschließlich des Staatsbeitrages auszuzahlen. Es wurde uns auch bereits berichtet, daß man da und dort den Arbeitern nahegelegt hat, auf die gewerkschaftliche Unterstützung zu verzichten und mit dem auszuschlenden Staatsbeitrag zufrieden zu sein. Daß eine derartige Machination gescheitert ist, ist klar. Aber man hat schon rechtzeitig vorgebeugt, indem man in dem Artikel sagt, daß die Regierung jederzeit die Möglichkeit hat, zu verlangen, daß die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden und geschieht dies nicht, daß dann die Bewilligung zur Auszahlung des Staatsbeitrages entzogen werden kann. Sie beugen also vor, machen ihre Arbeiter schon darauf aufmerksam, falls die Regierung nicht jeden Schwindel decken sollte, daß sie dann vor den Arbeitern wieder mit einer wütenden Fehde gegen die sozialdemokratischen Minister vorgehen können. Es ist immer wieder das alte Lied, den Kommunisten kann man nichts recht machen!

„Li ch gefichertes Leben haben, sind bereit, auf „Kultur“ zu pfeifen, materiell schlechter zu leben, um freier zu sein und sich wieder „auf die Seele zu besinnen“. Ein Dresdner bürgerliches Blatt hat Ritters Flucht ganz richtig als ein Sinnbild unserer Zeit gedeutet, als ein Symbol, das für viele gelte, die ihr Leben in den Zuständen unserer Zivilisation als Qual empfinden. Es heißt in dieser vernünftigen Betrachtung:

### „Das Bekenntnis, das in dem Alte Dr. Ritters liegt, ist das Entscheidende, das Tiefe, das Traurige, das Revolutionäre, das Menschlich-Allgemeine in diesem Falle das uns veranlaßt, ihn hier einer Betrachtung zu unterziehen, diesen Fall, der von seiner ethischen Grundlage aus doch auch vor allem ein Licht auf unsere heutigen Zustände wirft und auf das traurig-tragische Verhältnis, in das der einzelne inmitten dieser Zustände geraten kann... Ein ungeheures Schmerz nach Natur, ein Wille, loszukommen aus dem Bonntreife der Maschine, geht durch die Menschenbrust, die sich eben dieser Maschine wieder bedient, um den Stein- und Eisenmassen der Großstädte zu entsicheln und hinaus in die Natur zu gelangen.“

So weit wären wir also schon, daß auch in kapitalistischen Wäldern die Leerheit unserer Kultur, das Qualvolle unserer Zeit von heute gegeben wird. Das Dresdner Blatt — seinen Namen werdet ihr nie erfahren, es soll dem Überbürgermeister sehr nahestehen — sieht etwas Revolutionäres in Dr. Ritters Robinsonade.

Schon, sehr schön. Aber warum denn dann nicht einen Schritt weitergehen? Woran hängt's denn noch? Wenn die Kulturmenschen von heute will, kann sie ähnlich revolutionär sein wie der Berliner Arzt, kann sie sehr viel von der Wirklichkeit werden lassen, was der Flüchtling Ritter mit seiner Gefährtin auf einsamer Insel suchte: das Jurid zur Natur, zur Einfachheit, zur Seele. Wir haben technische Mittel zur Erfüllung dieses Menschheitssehns, wie sie nie eine Zeit vorher besaß. Unsere Technik hat einen so hohen Grad erreicht, daß die Menschen bei planmäßiger Anwendung der technischen Möglichkeiten mit geringer Arbeitszeit auskommen könnten, ohne in Berlin zu leben. Wir könnten vernünftige Bevölkerungspolitiken treffen, die Europa wohllicher macht und davor bewahrt, zu einer einzigen großen Menschenfarmmühle zu werden. Wir könnten Einöden besiedeln und südliche Länder für die Kinder des Nordens und des Nordens einrichten. Die Menschheit könnte das alles mit geringer Anstrengung durchführen, nur eins könnte sie nicht: sie könnte bei einer solchen Wiederbesiedlung des Daseins die kapitalistische Profitwirtschaft nicht beibehalten. Es sind ja nicht Telephon, Radio, Eisenbahn, Auto, Elektrische und Fließband, die uns unruhig machen, entnaturalisieren und zu Anhängeln irgend welcher Maschinen werden lassen — das alles sind nur äußere Störungen. Aber der gesteigerte Daseinskampf innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, die Auffassung, daß nur der ein Revl ist, der es „zu etwas gebracht“ hat, der mir oben ist, daß es dem am besten geht, der „oben“ ist, die echt kapitalistische Parole: „Tu, was du willst, mein Sohn, aber mache Geld“, die Angst der Massen, mit der wachsenden Maschinerie ihr bißchen Brot und Erstickung zu verlieren, der täglich siederhafter werdende Betrieb, das Tempo, die Daz — das bedingt die inneren seelischen Schäden und Qualen unserer Zeit. Das hat eine lächerliche Betriebsamkeit des bürgerlichen Menschen erzeugt, eine Spekulations- und Arbeitsfieberigkeit, die rohten muß, weil sie zu fallen glaubt, wenn sie einmal stehen bliebe.

Wir können heute nicht mehr wie Robinson auf einsamer Insel Urwidde spielen. Alle Kulturmenschen, die in ferne Eilande gingen, um vom modernen Zivilisationskram loszukommen — sie nahmen sich alle die notwendigen Werkzeuge mit, die wir erzeugen; sie deckten sich einermäßen ein, von Darwin und Gauguin bis zu Dr. Ritter. Und auch der war nahe am Eingehen, wenn ihn ein Schiff nicht aufgespürt und allerhand Lebensnotwendiges überbracht hätte. Die naturwissenschaftliche Auffassung, daß der Mensch lediglich ein Produkt der Mutter Erde ist, stimmt nicht; er kommt auf von gewissen sozialen, anerzogenen Bedürfnissen nicht mehr los. „Jurid zur Natur“, die Lösung Rousseaus, kann heute nicht bedeuten jurid zur Banane und zur Kokosnuß, aber jurid zur Natur ihres seelischen Seins — das ist es, worauf es für die moderne Menschheit ankommt.

Wie gab es eine Zeit, die mit ihrer technischen Entwicklung so viel reiche Möglichkeiten geschaffen, mit denen die Menschen planmäßig zu einem weniger betriebsamen, vernünftigen, weniger gehetzten, beschaulicheren, lebenswerteren Dasein gelangen könnten. Sie brauchen nur zu wollen. Und wenn das bürgerliche Blatt in Ritters Akt etwas Revolutionäres sieht, so ist mitten im Herzen Europas die Möglichkeit gegeben, dieses Revolutionäre in die Tat anzusetzen. Die Menschheit kann heute alles Vernünftige, wenn sie will, nur eins müßte aufhören: eine Eigentumsordnung, die die wichtigsten Schätze und Produktionsmittel der Erde in die Hände weniger Menschen legt. Es steht in ewigen Büchern geschrieben, daß die Menschen immer Menschen bleiben, mit allen unzulänglichkeiten ihres Tuns, aber daß sie Gefangene ihrer Maschinen, Sklaven ihrer Fortschritte, traurige Opfer ihres technischen Reichtums, Ausgebentete des Kapitalismus bleiben müßten, das steht, verschleierter ausgebrütet, nur in der kapitalistischen Presse. A. G.



Die Jagd nach dem Gift. In München ist ein dreitägiger Opiumprozeß beendet worden; vier Angeklagte wurden freigesprochen, zwei zu Geldstrafen und fünf zu Gefängnisstrafen bis zu einem Jahre und drei Monaten verurteilt. Im Verlauf des Prozesses, in dem hochintelligente, aber vollkommen verblendete Menschen mit sieberglänzenden Augen und verstärkten Gesichtern vor den Schranken des Gerichts standen, wurde von der Staatsanwaltschaft behauptet, daß der Mißbrauch der Rauschgifte und die Verfüge gegen das Opiumgesetz in München unter der Einwirkung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zugenommen hätten. Mit den Ärzten hätten Polizei und Staatsanwaltschaft infolgedessen nicht durchweg gute Erfahrungen gemacht, weil viele Doktoren bei der Verschreibung „zur Entwöhnung“ nicht gewissenhaft genug nachprüften würden, ob ihre Patienten sich nicht gleichzeitig auch von anderen Ärzten Morphinum verordnen ließen. Leider sei es auch nicht gelungen, die Herkunft der enormen Mengen Rauschgift, die im Jahre 1929 in München eingeschmuggelt wurden, festzustellen.

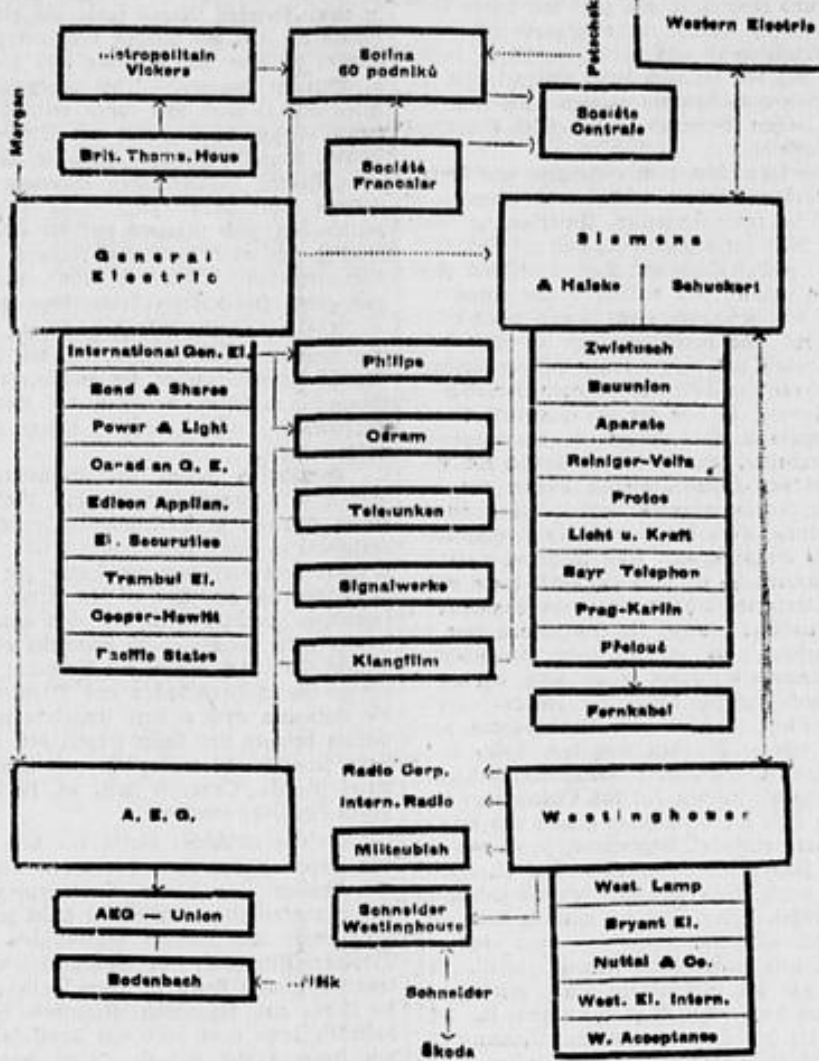
**Heilfürsorge der Zentralsozialversicherung.**

Die Zentralsozialversicherung kann nach dem Besetze anstelle der Leistungen der Anstalt ein Heilverfahren einführen, um die Erwerbsfähigkeit des Rentners zu erneuern oder um die zu befürchtende Invalidität zu vermeiden, bzw. deren Zeitpunkt hinauszuschieben. Die Anstalt trägt daher zu den Heilungskosten ihrer Versicherten in Sanatorien, Genußkurheimen und Bädern sowie zu den Kosten der Zahnprothesen und orthopädischen Behelfe bei. Im Jahre 1929 hat die Anstalt insgesamt 28.540 Gesuche ihrer Versicherten, davon 26.948 in günstigem Sinne, erledigt. 7181 Versicherten wurde der Aufenthalt in Tuberkuloseheilstätten insgesamt 423.297 Tage bewilligt. In den Heilanstalten werden die Versicherten der Zentralsozialversicherungsanstalt so lange belassen, als dies ihre Krankheit erfordert (mit dem Beitrag der Krankenversicherung durchschnittlich 12 Wochen). Der Aufenthalt in Bädern wurde 4791 Versicherten ermöglicht, der Aufenthalt in Erholungsheimen 3259 Versicherten. Die durchschnittliche Aufenthaltszeit in den Bädern und Erholungsheimen betrug bei einer Gesamtzahl von 267.801 Tagen etwa 4 Wochen. Die Krankheiten, die die Zentralsozialversicherung veranlassen, Badaufenthalt (Aufenthalt in Erholungsheim) zu bewilligen, sind hauptsächlich folgende: Rheumatismus, Blutarmut und allgemeine Körpererschwäche. In 560 Fällen hat die Zentralsozialversicherung zur Anschaffung von orthopädischen Behelfen, in 9167 Fällen zu Zahnprothesen beigetragen. Diese individuelle Heilfürsorge der Zentralsozialversicherungsanstalt im Jahre 1929 erforderte insgesamt einen Aufwand von K 20.506.827.

Außerdem hat die Zentralsozialversicherungsanstalt nach Paragraph 184 des Gesetzes Nr. 221/1924 im vergangenen Jahre zahlreichen Volksheilstätten für notwendige Investitionen und Vermehrung der Bettenanzahl sowie Mütter- und Kinderberatungsstellen, Antituberkulose-Dispensarien sowie Ambulatorien für Geschlechtskranke u. a., zur Beförderung ihres Betriebes und Erweiterung ihres Betätigungsbereiches im Interesse der Gesundheit der Versicherten und deren Familienmitglieder Beiträge gewährt. Die Zentralsozialversicherungsanstalt hat zum Zwecke einer Verbesserung der Heilfürsorgetätigkeit für ihre Versicherten im vergangenen Jahre von der Bezirkskrankenkasse in Währ.-Distrikte Lepisch-Bod bei Währ.-Weiskirchen angekauft und Vorbereitungen zum Bau eines Sanatoriums für Tuberkulose in der hohen Tatra getroffen.

**Volkswirtschaft und Sozialpolitik.**  
**Die internationale Verstrickung der Elektroindustrie.**

J. B. Wohl selten ist eine Weltindustrie in so weitgehendem Ausmaß verstrickt, wie die Elektroindustrie. Gerade gegenwärtig wird die öffentliche Aufmerksamkeit durch den Abschluß der tausendjährigen Anleihe, die Siemens durch der Starkstromindustrie steht Deutschland und die Vereinigten Staaten mit 30,1, bzw. 30,3 Prozent der Weltausfuhr in nahezu einer Linie. In der Glühlampenausfuhr marschiert demgegenüber mit 29,9 Prozent der Weltausfuhr



das Bankhaus Dillon Read eigentlich bei der mächtigen General Electric Company aufgenommen hat, auf die Erscheinungen in der Elektroindustrie hingelenkt und es ist daher nützlich, sich einmal die weitgehenden Verflechtungen zu betrachten.

In der elektrischen Schwach- und Starkstromindustrie besitzen die Vereinigten Staaten, Deutschland und England unstreitig die Führerschaft. Der Wert der amerikanischen Jahresproduktion beträgt 6505,9 Millionen Mark, jener Deutschlands 2150 Millionen und Großbritanniens 1093 Millionen. Am Weltaußenhandel mit elektrotechnischen Apparaten waren diese drei Länder 1928 mit 73 Prozent beteiligt, und zwar deckte Deutschland 28,8 Prozent des Bedarfes der Einfuhrländer, die Vereinigten Staaten 24 Prozent und Großbritannien 20,2 Prozent. In der Schwachstromindustrie ist Deutschland mit 35,7 Prozent der Weltausfuhr an der Spitze, in

Holland an der Spitze, dann folgt mit 25,4 Prozent Deutschland.

Diese nahezu konkurrenzlose Beherrschung des Weltmarktes wird von wenigen, einander fast gleichwertigen großen Konzernen ausgeübt. Es sind dies:

|                  | Kapital und Reserven<br>Millionen Mark | Umsatz<br>Millionen Mark | Zahl der Beschäftigt. |
|------------------|--|--------------------------|-----------------------|
| General Electric | 1063                                   | 1848                     | 75.000                |
| Westinghouse     | 490                                    | 1000                     |                       |
| WEG              | 246                                    | 580                      | 76.000                |
| Siemens          | 300                                    | 850                      | 120.000               |

Da die Kaufkraft des Dollar erheblich geringer ist als jene der Mark, dürfte der Umsatz, in tatsächlichen Werten gemessen, bei Siemens nicht erheblich anders sein, als bei der amerikanischen General Electric Company. Unser Bild zeigt nun die einzelnen Beziehungen zwischen den verschiedenen großen Gesellschaften auf und

**Parteigenossen! — Parteigenosse!**  
**Ist Deine Tochter — Dein Sohn**  
**schon in den Reihen der**  
**sozialistischen Arbeiterjugend,**  
**ist sie (er) schon Mitglied des**  
**„Sozialistischen Jugendverbandes?“**

wir erkennen klar die verschiedenen Verschachtelungen, die irgendwie doch alle zusammenführen. Die General Electric ist neben ihren Beteiligungen an den verschiedensten Gesellschaften in der ganzen Welt Besitzerin von 14 Fabriken elektrotechnischer Maschinen und Apparate, sie besitzt fernerhin 11 Glühlampenfabriken in den Vereinigten Staaten, sodann 3 Radiosendestationen und ein weit ausgebautes Filialnetz in den USA. Seit dem Vorjahr ist sie um 25 Prozent am Aktienkapital der WEG beteiligt, welche bisher der größte Konkurrent des Siemenskonzernes war. Ueber die britische Thomson-Houston-Gesellschaft besitzt die General Electric einesteils Beziehungen zur englischen Metropolitan Vickers, anderenteils zur belgischen Sofina, welche 60 Unternehmungen vereinigt. Ueber diese Holdinggesellschaft wieder führen Beziehungen zu den französischen Gruppen Societe Francaise und Societe Centrale. Durch Patentaustausch und durch direkte Kapitalbeteiligung ist die General Electric ferner an der Western Electric und an der American Telephon and Telegraph Company interessiert, der mächtigsten Telefongesellschaft der ganzen Welt, welche 80 Prozent des gesamten Telefonnetzes der Welt kontrolliert und die kapitalstärkste Gesellschaft überhaupt ist. Der Hauptfinanzier der General Electric ist Morgan, an der Sofina ist in starkem Maße kapitalmäßig das tschechische Haus Petschel beteiligt.

Der Siemenskonzern, welcher aus dem Schwachstromkonzern Siemens-Halke und dem Starkstromkonzern Siemens-Schubert besteht, besitzt schon aus der Vorkriegszeit Patentverabredungen mit der Western Electric sowie der Westinghouse-Gesellschaft. 1925 wurden diese Vereinbarungen auf weitere 10 Jahre verlängert. Die Tausendjahresanleihe, die den phantastischen Endtermin des Jahres 2930 hat, wird nun natürlich die Zusammenarbeit zwischen den beiden Konzernen noch wesentlich enger gestalten und wenn man auch heute vielleicht noch nicht von einem Welt-Elektrotrust sprechen kann, so ist es doch sicher, daß sich hier weitgehende enge Verbindungen anknüpfen, durch welche die gesamte Elektroindustrie der Welt von einem Willen aus, dem des amerikanischen Kapitals und hier vorwiegend von Morgan geleitet werden wird. Schon heute sehen wir die enge Verbindung der amerikanischen, britischen, deutschen, französischen, holländischen, tschechoslowakischen und belgischen Hauptproduzenten und alle Konkurrenzhänke der verschiedenen Unternehmungen können uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß an den Profitten des Einigen in irgendwelcher Form und in irgendwelchem Ausmaß auch der Andere partizipiert. Doch auch der Arbeiterklasse stärkster internationaler Zusammenschluß vonnöten ist, will sie gegen diesen mächtigen Gegner aufkommen, ist eine Schlussfolgerung, die zu ziehen sich erübrigt, weil sie sich für jeden Denkenden von selbst ergibt.

**Karneval auf Majorca.**

Von Blasco Ibañez.

SPI. Eines Tages im Jahre 1838 bemerkten die Bewohner der Mittelmeerinsel Majorca und die Spanier, die sich, um den Schrecken des Bürgerkrieges zu entgehen, dorthin geflüchtet hatten, die Ankunft eines Fremden, der von einer Frau und zwei Kindern, einem Anaben und einem Mädchen, begleitet war. Als man das Gepäck an Land brachte, bewunderten die Insulaner mit offenem Munde ein riesiges Klavier, einen Esard, wie man ihn damals nur selten zu sehen bekam. Einige Tage lang mußte das Instrument auf dem Zollamt stehen bleiben, bis der Argwohn der Beamten befänstigt war. Die Reisenden stiegen in einer Herberge ab, die sie aber bald wieder verließen, um in der Nähe von Palma eine Villa zu mieten. Der Fremde war offenbar krank. Er erschien jünger als seine Begleiterin, aber sein Gesicht war von Gram zerfurcht und durchscheinend bleich wie eine Hofie. Seine Augen glänzten im Fieber und seine schmale Brust wurde ständig von einem trockenen Husten erschüttert. Er trug einen dünnen Vollerbart. Eine Löwenmähne krönte seine Stirn und fiel in dichten Locken auf seinen Nacken. Die Frau hatte ein männliches Auftreten. Sie war im Haupte Herr und beschäftigte sich mit allem. Sie spielte mit den Kindern, als ob sie in gleichem Alter wäre. Aber man hatte das dumme Gefühl, als ob mit dieser Familie etwas Außergewöhnliches zusammenhing: eine Art Erbitterung und Aufsehnung gegenüber den Gesetzen, die für andere Menschen galten. Die Fremde trug etwas phantastische Kleider. In ihren Haaren steckte ein silberner Dolch, ein sonderbarer Schmuck, der die frommen Leute von Majorca in Empörung versetzte. Außerdem ging sie niemals zur Messe, machte auch keine Besuche. Sie verließ nur das Haus, um mit ihren Kindern zu spielen oder um den armen Schwindsüchtigen in die Sonne zu führen. Die Kinder sahen

ebenfalls sonderbar aus wie ihre Mutter. Das Mädchen trug Anabenkleidung, um ungehindert quersfelben springen zu können.

Bald hatten die neugierigen Inselbewohner die Namen der beiden verdächtigen Fremden herausgebracht. „Sie“ war eine Französin, Schriftstellerin, und hieß Aurore Dupin, eine frühere Baronin, die von ihrem Manne getrennt lebte. Sie war weltberühmt durch ihre Romane, die sie unter dem Namen George Sand schrieb. „Er“ war ein polnischer Musiker, ein Mann von empfindlicher Natur, der für jedes seiner Werke ein Stüchlein seines Lebens opfern mußte, und der mit neunundzwanzig Jahren schon vom Tode gezeichnet war. Er hieß Frédéric Chopin. Der Junge und das Mädchen waren die Kinder der Romanschriftstellerin, die schon im fünfundsiebzigsten Lebensjahre stand.

Die „gute Gesellschaft“ der Insel Majorca, von ererbten Vorurteilen befangen, empörte sich über einen solchen „Mandal“. Man denke, die Leute waren noch nicht einmal verheiratet! Und die Frau schrieb Romane mit einer Freiheit, die „anständigen“ Menschen die Schamröte ins Gesicht trieb. Man hielt sich daher fern von den Fremden. Während die Mutter mit den Kindern draußen herumtollte, hochte der Kranke im Zimmer hinter den Fensterscheiben und hustete, oder er stand an der Tür, um die wärmende Sonne zu suchen. Nachts, zu vorgerückter Stunde, weckte seine wehmütigen und kranklichen Muse ihn auf. Hustend und stöhnend saß er dann am Klavier und schuf seine Kompositionen, aus denen trüb-bitterer Wollust sprach.

Der Besitzer der Villa, ein Bürger der Stadt Palma, legte den Fremden bald nahe, auszuziehen. Der Künstler war schwindsüchtig, konnte er da nicht das Haus verpestet? Doch wohin nun gehen? Nach Frankreich zurückzukehren, war unmöglich. Man war mitten im Winter, und Chopin zitterte wie ein verlassenes Vögelchen. Wenn er an die Kälte in Paris dachte. Möchte die Insel auch ungesundlich sein, aber er liebte sie wegen ihres milden Klimas. Nun bot sich den Verlassenen als einzige Zu-

flucht die Klausnererei von Valldemosa, ein schmutziges Gebäude aus dem Mittelalter, das keine andere Schönheit besaß, als sein Alter. Aber es lag zwischen tannendebaldeten Höhen und war durch einen Vorhang von Mandel- und Palmenbäumen vor den Strahlen der Sonne geschützt. Die Klausnererei war ein halb zerfallenes Bauwerk, ein romantischer, unheimlicher und geheimnisvoller Platz mit seinen Klostermauern, in denen Landstreicher und Bettler hausten. Um dorthin zu gelangen, mußte man den früheren Mönchfriedhof durchqueren, dessen Gräber die Gewalt der Baumwurzeln gesprengt hatte, so daß die Gebeine offen auf der Erde verstreut lagen. Bei Vollmond, so sagte man, irre hier der Geist eines verworrenen Mönches an der gleichen Stelle, an der er einst gesündigt habe, umher, um die Stunde des jüngsten Gerichtes zu erwarten.

In dieser Klausnererei fanden die Fremden an einem regnerischen Herbstabend Unterkunft und verbrachten hier in der Einsamkeit den ganzen Winter. „Sie“, immer in Pantoffeln und den kleinen Dolch im zerzausten Haar, wirtschafete tüchtig in der Küche. Eine Bauerndirne half ihr dabei, die da man sie nicht beaufsichtigte, heimlich die für den „lieben Kranken“ bestimmten Lederbissen in ihren eigenen Wagen wandern ließ. Die Strahlenjungen von Valldemosa bedachten die Kinder mit Steinwürfen und verfolgten sie als „Heiden“ und „Freunde Gottes“. Die Frauen betrogen die Fremde, wenn sie ihr Lebensmittel verkauften, und nannten sie die „Dexa“. Alle Bewohner aber befrenzteten sich und wichen den „Fingern“ aus dem Wege, da sie neben den Toten und gemeinsam mit dem herumspulenden Mönchsgespinnst zu hausen wagten.

Tagsüber, während die Kranke schlief, versorgte die Romanschriftstellerin den Haushalt und half mit ihren feinen, weißen Fingern dem Mädchen Kartoffel schälen. Dann ging sie mit den Kindern an die mit Geflüß bewachsene Meeresküste von Miramar, nach jener Stelle, an der einst der weise Raymond Lullus seine

Hochschule gegründet hatte. Aber eigentlich erst gegen Abend begann die fremde Frau zu leben. Dann lang plötzlich durch die weiten und düsternen Gewölbe eine geheimnisvolle Harmonie, die von ferne, wie durch diese Mauern zu klangen schien. Chopin sah am Klavier und schuf ein Nocturno. Und beim Schein einer Kerze schrieb George Sand ihren Roman „Spiridon“, die Geschichte jenes Frommen, der schließlich allen Glauben von sich wirft. Et unterbrach sie, von einem Hustenanfall des Kranken aufgeschreckt, ihre Arbeit und eilte zu ihm, um ihm einen erfrischenden Trank zu bereiten. Nachts, wenn der Mond schien, überfiel sie bisweilen Angst und süßer Schauer vor geheimnisvollen Tritten. Sie schritt zwischen den Klostermauern dahin, ans deren Fenstern das Licht bleiche Streifen in das Dunkel warf. Nichts, kein Mensch! Sie setzte sich in dem Mönchsfriedhof nieder und wartete vergeblich darauf, daß das Erscheinen des Geistes das eintönige Leben mit einem romantischen Zwischenfall belebe. — Während einer Nacht um die Karnevalszeit wurde die Klausnererei von den „Nohren“ überfallen. Das waren junge Leute aus Palma, die sich als Rauber köstlich hatten. Sie kamen um Witternach und stürten mit ihren Gesängen und Gitarren die unheimliche Klostermauer, daß die Flüchtlinge wie scheue Nachtvögel in ihrer Ruine aufschrakten. In einer Zelle führten die Masken spanische Tänze auf. Mit sieberglänzenden Augen folgte Chopin ihren Bewegungen, während George Sand, heiter wie ein Kind, von Gruppe zu Gruppe lief und sich bedankte, daß man auch ihrer gedacht habe.

Das war die einzige Nacht des Glückes in Majorca. Als der Frühling kam, reisten die Fremden ab, um nach Paris zurückzukehren. Sie waren wie Zugvögel und hinterließen keine andere Spur als die Erinnerung an ihren Aufenthalt.

(Berechtigte Uebersetzung aus dem Spanischen von Bodo M. Vogel.)

Kindernachmittag

am 19. Februar 1930 muß umständlicher entfallen.

Kinderfreunde Prag.

Prager Produktendörse. (Offizieller Bericht vom 18. Februar.) Die Stimmung der heutigen Produktendörse war sehr flau gehalten.

Kleine Chronik

Zoto, der Neger.

Von Bodo M. Vogel (Paris).

Mein Freund Zoto ist ein Neger, irgendwo aus dem Kongo. Er ist, wie alle Neger, schwarz, hat weiße Zähne, rollende Augen, wollige Haare und dicke, rote Lippen.

Drei medizinische Märchen.

Optogramme - Laubfrösche - Lepra.

Drei Sorten medizinischer Märchen sind am häufigsten, und sie haben die Eigenschaft, sich ein wenig nach der Jahreszeit zu richten.

Wäre es nicht schön, diese Geschichte, nur ist kein Sterbenswörtchen davon wahr, wie einmal ein Augenarzt in einer speziellen Untersuchung einer berattigen Mär (es handelte sich um den Fall A. n. g. e. r. t. e. i. n.) nachgewiesen hat.

seinem Magen herangebracht waren, fingen sie an, sich umfürsichtlich zu benehmen und ihn zu peinigen.

Diese Geschichte ist ebenso unsinnig wie hartnäckig. Tatsache ist nämlich, daß beispielsweise verchlumte Froscheier von der Magen Säure in wenigen Minuten getötet und bald danach überhaupt aufgelöst werden - sie gehen den Weg allen Fleisches, das in einen fremden Magen gerät.

Das dritte Märchen spielen sogar kritische Gemüter hereinzufallen, die den beiden ersten skeptisch gegenüberstehen.

Dieselbe Geschichte wurde vor dem Kriege von uns Japan stammenden Doanreuen und von reich aus Persien eingeführten Orientteppichen erzählt.

Kunst und Wissen.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Mittwoch (116-4), 7 Uhr: „Der Tenor der Herzogin“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Mittwoch (Sond. beamten II): „Spiel der Sommerlüfte“.

Spielplan des Tschechischen Nationaltheaters. Mittwoch nachm.: „Die verkaufte Braut“.

Spielplan des Ständetheaters. Mittwoch nachmittags: „Unsere Furianten“.

Literatur.

Rust und Charakter. Ein Aufsehen erregendes Buch hat der Berliner Musikkritiker und Schriftsteller Kurt Singer unter dem Titel „Rust und Charakter“ im Verlage der Wiener Universal-Edition soeben herausgegeben.

Sport \* Spiel \* Körperpflege

Die Frau im finnischen Arbeitersport!

Der finnische Arbeitersportbund (TUL) umschließt die größte Frauensportorganisation Finnlands und steht unter den Verbänden der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale (SASO).

Der bedeutenden Schwertkämpferinnen in der SASO.

Die Leitung der Frauenorganisation im TUL beabsichtigt zum 2. Arbeiter-Olympia 1931 nach Wien eine Mannschaft von 16 Personen zu entsenden.

Aus der Partei.

Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag. Montag, den 24. Februar 1930, um 8 Uhr abds. im Saale des „Goldenen Kreuzes“ in Prag 2 Vortrag über „Die Krise in der Landwirtschaft und die Sozialdemokratie“.

Verbreitet die Arbeiterpresse.

Verleger: Siegfried Taub. Chefredakteur: Wilhelm Rechner. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß Prag.